

# Die Soziale Marktwirtschaft in heutiger Form ist ein Verrat der nicht ausformulierten Ursprungsidee

Die Befreiung eines Begriffs vom Missbrauch durch die politische Propaganda,  
taugt er als Bezeichnung einer Ökonomie der Zukunft?

Hinweise auf die Entstehung der  
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft  
und ihre künftigen Wirkungschancen

von  
Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Ergänzung zu den Texten 162.1 – 162.3

Mai 2019

Text 162.4

## Macht oder Geist

### Die Frage unserer Zeit

1968

von

Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl

Mitgründer der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

## **Inhalt**

## **Seite**

Hinweise auf den Anlass der Veröffentlichung des Flugblattes von Diehl ..... 3

Die Verknüpfung des Anliegens von Paul Heinrich Diehl mit der  
aktuellen politischen Diskussion Anfang Mai 2019 z. B. mit der  
Diskussion, die der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert ausgelöst hat ..... 7 bis 14

Danach folgend die Schrift von Paul Heinrich Diehl mit den eigenen  
Seitenzahlen ..... 1 bis 16

## Hinweise auf den Anlass der Veröffentlichung des Flugblattes von Diehl

Am 22. 4. 2019 erhielt ich über eine E-Mail-Liste folgende Nachricht:

Liebe ListenteilnehmerInnen,  
anbei ein Vortrag über bezahlbares Wohnen, den ich vor ca. einem Monat bei ATTAC in Augsburg hielt:  
<https://bodenwertsteuer.org/2019/04/21/bezahlbarer-wohnraum-ist-die-halbe-miete/>  
Viel Spaß beim Hören und schöne Rest-Ostern!  
Dirk Löhr

Ich habe mir den Vortrag angehört, fand ihn gut, aber die Wiedergabe der Publikumsbeiträge mangelhaft. Im Vortrag war auch die Rede von der Bodenvorratshaltung der Kommunen, die eigentlich ein Erfordernis der vorausschauenden Stadtentwicklung ist. Der Referent, Dirk Löhr, wusste aber nur von einer Stadt zu berichten, die sie in der Vergangenheit betrieben hat. Da ich einen Moment nicht aufgepasst habe, habe ich den Namen der Stadt nicht verstanden. Ich dachte aber: „Das ist bestimmt Köln, denn als Konrad Adenauer in der Vergangenheit Oberbürgermeister in Köln war, hatte er die bodenrechtlichen Schwierigkeiten, in der die Städte permanent stecken, schon erkannt.“<sup>1</sup>

Mir kam aber auch in Erinnerung, dass auch vom Freiwirtschaftsbund – aus dem heraus ja die *Aktion Soziale Marktwirtschaft* gegründet wurde – 1948 in einer Denkschrift zum Problem der Mieten - Stellung bezogen wurde. Es war damals nach dem Krieg mit den umfangreichen Zerstörungen und 14 Millionen Flüchtlingen<sup>2</sup> sicher mutig, eine Lösung anzubieten, die eine Entwicklung der Marktwirtschaft nicht behinderte. Ich habe vor längerer Zeit die Denkschriften des Freiwirtschaftsbundes in „Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek“ auf meiner Homepage eingefügt. Die erste ist vom Mai 1948 und heißt „Die Indexwährung im Marshall-Plan“ und die andere ist vom Oktober 1948 und lautet „Die neue soziale Ordnung / Zweite Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes zur Wirtschaftlichen Neuordnung“.

[http://www.tristan-abromeit.de/pdf\\_bibliothek/56.14%20FB%20Denkschriften.pdf](http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.14%20FB%20Denkschriften.pdf)

Die Freiwirte brauchten in Bezug auf die Marktwirtschaft nicht von den Ordoliberalen er-

---

1 Siehe dazu ein Zitat von Adenauer auf der Seite 63 im Text 162.2

2 <https://www.spiegel.de/spiegelgeschichte/deutsche-fluechtlinge-nach-1945-ignoranz-und-fremdenfeindlichkeit-a-1190780.html>

>> **22.05.2018** / Historiker über deutsche Flüchtlinge nach 1945 "Verlaust, zerlumpt - damit entsprachen sie dem Klischee" / Millionen Vertriebene strömten 1945 aus den ehemaligen Ostgebieten nach Deutschland. Dort stießen sie vielfach auf offene Feindseligkeit, die bis heute nachwirkt, sagt der Historiker Andreas Kossert. <<

muntert werden, sondern konnten 1948 schon auf eine über 50jährige Geschichte der Freiwirtschaftsschule zurückblicken und waren so zahlenmäßig ein stärkerer und auf den Inhalt bezogen ein gleichwertiger Partner der Ordoliberalen. Die Geschichte, warum ihre Arbeit und die Ziele der Freiwirtschaftsschule von der offiziellen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik zum Schaden der Gesamtgesellschaft missachtet wurde, muss noch geschrieben werden. Dass nicht alle Freiwirte von der Hochzeit zwischen dem Ordoliberalismus und Freiwirt begeistert waren, wird verständlich, wenn man bedenkt, wie die Aufklärungsversuche der Freiwirte während der Weimarer Republik behindert wurden. Und der Versuch einiger Freiwirte nach dem Scheitern der Demokraten positiv in den Nationalsozialismus hineinzuwirken, wurde mit dem Verbot ihrer Organisationen und Publikationen belohnt und nach dem Krieg mit Häme. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es für die Freiwirte doch erst einmal darum, den verbliebenen Bestand dieses Wissens zu sichern und aus der Sicht der Abseitsstehenden in dieser Situation nicht auf neue Verbindungsabenteuer einzugehen.

Bei der Erwähnung der Bodenvorratshaltung als Aufgabe der Kommunalpolitik durch Dirk Löhr fiel mir auch ein, dass ich von einem Bürgermeister gelesen habe, der dieses in der Vor- und Nachkriegszeit betrieben hat. Nach einigem Nachdenken kam ich dann auf die Schrift „MACHT ODER GEIST – DIE FRAGE UNSERER ZEIT“ von Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl. Als ich das 16seitige Flugblatt gefunden hatte, wurde mir auch bewusst, dass ich es bereits in „Die Kleine freiwirtschaftlichen Bibliothek“ auf meiner Internetseite eingefügt hatte. Ich habe die Schrift erneut eingescannt, um ein neues durchsuchbares PDF-Format mit besserer Lesbarkeit zu erzeugen, um einen unmittelbaren Zusammenhang mit der ASM herzustellen und den Text an einem sichtbareren Platz zu präsentieren.

Paul Heinrich Diehl argumentiert 1968 in einer Zeit als das Projekt Soziale Marktwirtschaft schon gescheitert war und die studentische Jugend im Marxismus nach einem Ausweg suchte. Und wenn man heute seinen Text liest, dann kann man feststellen, dass es in dem vergangenen halben Jahrhundert keinen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Fortschritt gegeben hat.

Diehl verheimlicht nicht, dass er von Gesell inspiriert wurde, bezieht sich aber auch auf John Maynard Keynes und Walter Eucken und schreibt:

Demgegenüber ist die Konzeption Walter Euckens weit konsequenter und

umfassender.

»Ohne Freiheit der Person die soziale Frage zu lösen, ist unmöglich.« Dieser Satz ist das Leitmotiv seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit. Er hat mit höchster Meisterschaft der Beweisführung und mit profundem Wissen die Bestätigung für diese Tatsache geliefert.

Für die Freunde der Freiheit aber bedeuteten die Arbeiten der genannten beiden Männer die Bestätigung, daß sie bei ihrer Suche nach einer neuen Ordnung auf dem rechten Wege marschierten. Das aber gab ihrem Taten- drang neuen Auftrieb. Es kam zunächst im engsten Kreise zur Gründung ei- ner „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische For- schung“. Der langatmige Titel wurde aber bald durch einen besseren er- setzt: „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“. Wir erlebten die Ge- nügung, daß diese Aktionsgemeinschaft sich sehr schnell zur angesehen- ten wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigung in der BR entwickelte. Männer von internationalem Ruf, wie Rüstow und Röpke, Franz Böhm und Carl Nipperdey, um nur einige Namen zu nennen, traten der Vereinigung bei. (S. 11)

Im Netz fand ich unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Diehl](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Diehl) folgende Aussage:

**Paul Diehl** (\* [10. Januar 1886](#) in [München](#); † [1976](#) in [Gräfelfing](#)<sup>[1]</sup>) war ein [deutscher Filmproduzent](#), [Filmregisseur](#) und Autor. Von 1948 bis 1960 war er Bür- germeister von Gräfelfing, danach Ehrenbürger.<sup>[2]</sup>

Nach seiner Promotion war Diehl, Anhänger der Ideen [Silvio Gesells](#), im Bundes- vorstand des neuen [Freiwirtschaftsbundes](#).<sup>[3]</sup> [Ferdinand Diehl](#) und [Hermann Diehl](#) waren seine Brüder. Das Werk der drei Brüder wurde 1994/1995 mit der [Retrospektive](#) unter dem Titel *Mecki: Märchen & Schnurren, die Puppenfilme der Gebrüder Diehl* im [Deutschen Filmmuseum](#) in [Frankfurt am Main](#) gewürdigt.<sup>[4]</sup>



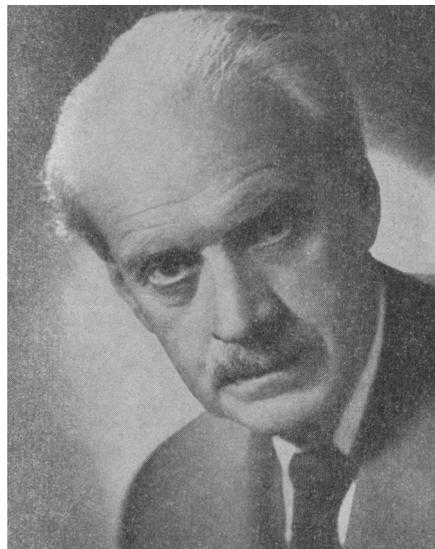
Paul-Diehl-Park in Gräfelfing

Heute ist der *Paul-Diehl-Park*, der zwischen Pasing und Gräfelfing liegt und Teil des Münchener Grünzugs Würm ist, nach ihm benannt.

Die Angaben decken sich nicht ganz mit seinen eigenen Angaben in der hier vorgestellten Schrift und mit den Erzählungen, die ich über ihn hörte. Danach heißt es, dass er im Nationalsozialismus auch inhaftiert wurde. Er entging aber dem schweren Schicksal vieler anderer, weil ein Polizeibeamter die Akte zu seiner Person verschwinden ließ. Hier zeigt sich, dass der Bürokratismus (im Anfangsstadium der Naziherrschaft) auch mal eine gute Seite haben kann. Denn ohne Akte gab es keinen Vorgang und ohne Vorgang konnte man einen Menschen nicht wegsperren.

Ernst Winkler, der mit Diehl befreundet war, hat einen Teil von Diehls schriftlicher Hinterlassenschaft auf 240 Seiten in einem Sonderdruck der *Fragen der Freiheit* unter dem Titel „*Aufstieg oder Untergang? / Geldreform und Wirtschaftsverfassung als Schicksalsfrage der menschlichen Gesellschaft*“, 1980, herausgegeben.

Bei dem Scanvorgang der angegrauten Schrift von Diehl musste ich mich zwischen einer besseren Schrift- oder Bild-Wiedergabe entscheiden. Ich habe mich für die Schrift entschieden und füge das Bild deshalb nachfolgend ein.



Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl

→ → →

## Die Verknüpfung des Anliegens von Paul Heinrich Diehl mit der aktuellen politischen Diskussion Anfang Mai 2019

Der große Aufreger in den Medien ist in diesen Tagen der Juso-Chef Kevin Kühnert. Gabor Steingart reagiert in seinem Morning Briefing vom 2. 5. 2019 wie folgt darauf:

**Juso-Chef Kevin Kühnert** kennt die berauschte Wirkung täglicher Medienpräsenz und er kennt auch die Entzugserscheinungen, wenn es anders läuft. Sein Methadonprogramm heißt: Selbstradikalisierung.

Im Gespräch mit der „Zeit“ plädierte er nun für eine **Kollektivierung der deutschen Volkswirtschaft**:

Die Verteilung der Profite muss demokratisch kontrolliert werden. Das schließt aus, dass es einen kapitalistischen Eigentümer an diesem Betrieb gibt. Im Übrigen geht es mir nicht um eine bessere Gewinnbeteiligung, sondern um die Vergemeinschaftung von Gewinnen.

Auf die Frage, ob man alle privaten Wohnungsvermieter in Deutschland enteignen sollte, antwortet er frei heraus: „Das wäre der Optimalfall, natürlich.“

Diese Zitate sind es, die ihm heute Morgen prompt eine Seite-1-Schlagzeile der „Bild“-Zeitung einbrachten: „SPD-Kühnert will BMW enteignen.“ Wenn das kein Volltreffer ist: So sehen im Leben eines Oppositionspolitikers Siege aus.

Und auf der Titelseite der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 3. Mai ist zu lesen:

### **Heftige Kritik an Kühnerts Thesen**

Berlin. Juso-Chef Kevin Kühnert hat mit seinem Bekenntnis zum Sozialismus eine Welle der Empörung hervorgerufen. Politiker von Union und FDP werfen ihm vor, von einer Wirtschaftsordnung wie in der DDR zu träumen. Der Vorsitzende der SPD-Nachwuchsorganisation hatte in einem Interview gesagt, dass er für eine Kollektivierung großer Konzerne eintrete. Auch Vermietungen als Geschäftsmodell lehne er ab.

**Leitartikel** Weiter auf Seite 2 / **Welle der Empörung** Weiter auf Seite 4

Im Heute Journal des ZDF wurde gestern Abend sogar Verständnis für Kühnert mit dem Hinweis auf den Namen der Organisation, nämlich *Jungsozialisten* geäußert. Im Leitartikel von der HAZ von Matthias Koch lautet die einsichtige Nachsicht dann so:

Wer will noch mal, wer hat noch nicht? Die Kritiker Kevin Kühnerts lassen es krachen wie bei „Hau den Lukas“. Er solle doch zur Linkspartei gehen, tönt es aus der CDU. „Ein verirrter Fantast“ sei er, urteilt ein CSU-Minister. Die FDP sieht Ideen aus der marxistischen Mottenkiste. Laut „Bild“ hätte Küh-

nert „die DDR-Führer Honecker, Krenz und Co. glücklich gemacht“.

Und nun? Kurioserweise hinterlässt das gesamte Geballer keineswegs den Eindruck einer Klärung. Eher bleibt etwas Diffuses, Uneindeutiges zurück. Könnte es sein, dass der junge Mann zumindest einen Hinweis gegeben hat auf die grobe Richtung möglicher Debatten, die dem Land bevorstehen?

Wirtschaftspolitisch, das ist wahr, liegt Kühnert schief.

...

Gesellschaftspolitisch allerdings tippt Kühnert sensible Punkte an. Kann ich künftig noch meine Wohnung bezahlen? Was wird aus meinem Job in der Industrie? Linkspopulismus und Rechtspopulismus drehen sich, ob in der EU oder in den USA, letztlich um dieselben Ängste. Die Konzepte der Populisten mögen bloße Gespinste sein. Die Ängste aber sind real – und die Menschen hätten eine seriösere Debatte verdient.

...

„In manchen Fällen muss man sagen: Der Kapitalismus ist zu weit gegangen.“ Dies sagte, zu Ostern im „Handelsblatt“, Larry Fink, Chef des Vermögensverwalters Blackrock. Vordenker an der US-Westküste diskutieren über die Zerschlagung der großen Internetkonzerne – und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. In Deutschland werden Grundsatzdebatten dieser Art viel zu wenig geführt. Dies hat zu tun mit einer visionsloser denn je agierenden Bundesregierung. Nur widerstrebend nähert sich Berlins politische Klasse Themen wie der künstlichen Intelligenz und der Zukunft der Arbeit. Dieses Vakuum in der Mitte trägt dazu bei, dass ein nicht besonders einflussreicher Mann vom linken Rand wie Kühnert jetzt so viel Aufregung auslöst.

Wie organisiert man in diesen neuen Zeiten Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“?

Die großen Medien haben inzwischen anscheinend verstanden, dass ihre Glaubwürdigkeit noch mehr schwindet, wenn sie sich nur bemühen, das wohlgelittene und hofierte Sprachrohr der herrschenden politischen Klasse zu bleiben. Warum ergreifen die Druck- und Funk-Medien nicht die Möglichkeit, eine Klärung unserer gesellschaftlichen Lage einzuleiten und tragbare Zukunftsvisionen als Richtschnur des politischen Handelns zu entwickeln. Mein ganzes Bemühen geht ja dahin zu fragen und zu zeigen, was Ludwig Erhard mit seinem Motto „Wohlstand für alle“ gemeint hat oder gemeint haben könnte. Ist es ein Versagen von Kevin Kühnert, wenn er auf der Suche nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit, den Weg der Freiheit verlässt und auf den Marxismus zurückgreift, oder ein Versagen der Hochschulen und der politischen Bildung? Kühnert einen politischen Kurs vorzuwerfen, der an Verhältnisse der untergegangenen DDR erinnert, ist insofern merkwürdig, weil das doch der Kurs der Realpolitik ist. Die Beschwörung der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist doch nur noch eine

ideologische Verbrämung oder Verschleierung dieses Kurses. Ein paar Schlagzeilen aus letzter Zeit: „Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer“, „Rauchverbote im Auto“, „Fiskus soll Kosten für Dürreversicherung mittragen“. Es besteht der starke Drang – wie in der Zentralverwaltungswirtschaft – jedes Problem mit einem Gesetz zu lösen. Bruno P. Schliephacke schreibt in seinem Buch „Pestalozzi der Rebell“, 1960, S. 39:

Statt immer nur neue Gesetzesparagrafen zu schaffen, mit denen man die „Staatsmännerschlechtheit“ oft nur verdecken wolle, fordert er die Schaffung wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse; denn »der Mensch ist gut und will das Gute, er will aber zu allererst auch wohlsein.“ Pestalozzi wußte nicht von dem bekannten Spruch des östlichen Weisen: Je mehr Gesetze im Land, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King). Er war überhaupt erstaunlich wenig belesen, weil er aus dem unerschöpflichen Reichtum seines Inneren sprechen konnte, aber hier begegnet er sich mit den großen Geistern aller Zeiten.

Ich denke, die unverschleierte – wenn auch uneinsichtige - Sprache von Kevin Kühnert als Sprecher der Jusos ist ehrlicher und nützlicher für die notwendige Selbstaufklärung unserer Gesellschaft als die der aufgeregten und reformunwilligen Politiker. Der Artikel „*Scholz gibt sich im Streit um Grundsteuer kompromissbereit*“ von Timot Szent-Ivanyi in der heutigen Ausgabe der HAZ (2. Mai) ist wieder ein Hinweis dafür, dass die politische Klasse die Zeichen der Zeit und die Bedingungen einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus nicht verstanden hat oder nicht verstehen will.

Wenn die FDP von der SPD fordert, dass diese ihr Verhältnis zum Privateigentum klären soll (HAZ, 3.5.19, S. 4), dann sage ich ihr als ehemaliges Mitglied, diese Leistung hat sie erst einmal selber zu erbringen. Man kann die Dinge wenden, wie man will; übrig bleibt nur die Feststellung – wenn der Satz von der rechtlichen Gleichheit aller Menschen gelten soll – ,dass das Privateigentum nur die Dinge erfassen kann, die der Mensch selber schafft. Die Erde mit allen Bestandteilen als Existenzgrundlage der Menschen gehört nicht dazu. Das heißt aber nicht, dass die Erde zum Wohl aller nicht marktwirtschaftlich genutzt werden kann.

Auch über die Reise unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel in die afrikanischen Länder Burkina Faso, Mali Niger wird berichtet. Afrika ist aber nicht mit Militär, noch mit Niederlassungen einiger Unternehmen, noch mit freiwilligen oder dem Volk via Steuern abgepress-

ten Spenden zu helfen. Hier wäre für die einzelnen Länder ein jeweils angepasster Export von gesellschaftlichen Gestaltungsideen erforderlich. Einen solchen Export muss man nicht gleich als Neo-Kolonianismus denunzieren. Bei uns haben im Mittelalter auch Städte von anderen Städten ganze Rechtssysteme importiert. Aber für solch einen Export sind wir gar nicht ausgerichtet, da wir Deutschen unwillig sind, unsere Verhältnisse so zu gestalten, dass ein wirklicher Wohlstand für alle möglich wird. Wenn wir den Afrikanern nur militärisch helfen wollen, dann werden wir als Lohn dafür ernten, dass der Drang der Afrikaner nach Europa die Europäer zu eine Minderheit in ihrem Territorium macht. Der Wandel wird dann aber nicht von Freudentänze begleitet, sondern Jahrzehnte lang werden die Totenklagen zu hören sein.

Der Aufmacher auf der Titelseite der HAZ vom 3. Mai ist die Schlagzeile „Kirchen droht die Halbierung ihrer Mitgliederzahlen“. Es ist eine Prognose aufgrund eines Forschungsauftrages, den die Katholische und Evangelische Kirche in Auftrag gegeben hat. Nun könnte man sagen, alles menschliche Leben hat ein Anfang und ein Ende und das gilt auch für Institutionen, die von Menschen geschaffen wurden. Die Frage, ob die Kirchen ein Segen oder Fluch der Menschheit waren oder sind, ist wohl nicht so eindeutig zu beantworten. In einem unbegrenzten Kosmos mit Menschen, die eine begrenzte Erkenntnisfähigkeit besitzen, wird der Glaube wohl immer eine Rolle spielen. Wenn alte Religionen ausgedient haben, werden neue entstehen. Aber hier geht es um die Kirchen von heute und die Rolle, die sie in unserer Gesellschaft spielen. In dem genannten Artikel ist zu lesen:

... Landesbischof Ralf Meister warnt dennoch vor Panik: „Die Kirche bleibt ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur“, sagt er. Für den sozialen Zusammenhalt sei sie ebenso wichtig wie für die Erinnerungskultur und als „Werteagentur“, sagt er: „Diese Aufgabe wird eher noch wachsen.“ ...

und

... Mit dem Schrumpfen der Kirchen würden auch deren Privilegien infrage gestellt werden, prophezeit Meister: „Wir werden in den kommenden Jahrzehnten in vielen Punkten um die Rechtsstellung der Kirchen kämpfen müssen.“ ...

Die Kirchen haben viele Gesichter und Ausformungen, aber ist es deshalb verkehrt zu sagen, dass sie die meiste Zeit in ihrer Geschichte ein Instrument der Herrschaft über die Menschen waren und auch heute noch unangemessen mit einem Staat verknüpft sind, der sich als Demokratie ausgibt? Sind die staatlichen Privilegien, die ihr vom Staat eingeräumt wurden nicht der Preis dafür, das sie die Religion als Droge zur Ruhigstellung der Bürger benutzen.

Sind sie nicht selber Nutznießer der ökonomischen Ungereimtheiten, die sie zwingen, die Gläubigen auf das Paradies im Jenseits zu vertrösten. In welcher Beziehung wollen die Kirchen eigentlich beanspruchen, eine Werteagentur zu sein, wenn sie die ökonomischen Werte, die Kenner aus der Bibel entnehmen, ständig ignorieren oder bewusst missachten? Soll die Erinnerungskultur dazu dienen, dass alle Welt nicht vergisst, dass Christen im Namen des gleichen Gottes sich immer wieder gegenseitig umgebracht haben. Ich formuliere das hier nicht aus einem bösen Willen heraus, denn ich habe Verwandte und Freunde, die noch Trost im christlichen Glauben finden. Aber die Glaubwürdigkeit des christlichen Glaubens verspielen die Kirchen selber, sicher mehr aus Blindheit als aus Organisationsegoismus. In der HAZ vom 4. Mai 2019 ist ein Interview von Simon Benne mit Michael Schmidt-Salomon zu lesen. Die Schlagzeilen:

**„Der Staat braucht keine religiösen Dogmen“**

Michael Schmidt-Salomon kämpft für eine strikte Trennung von Staat und Kirche – auch mit einem Bus auf dem Kröpcke

Er argumentiert u. a.:

Es ist keine atheistische Kampagne. Wir sind nicht gegen Religion, sondern für einen weltanschaulich neutralen Staat. Dafür können sich auch gläubige Menschen einsetzen. Schon 1919 wurde in der Weimarer Reichsverfassung die Trennung von Staat und Kirche verankert. Doch bis heute sind beide finanziell eng verflochten. Der Staat zahlt zum Beispiel die Gehälter von Bischöfen. Hundert Jahre Verfassungsbruch sind genug! ...

Und auf die folgende Frage antwortet er:

***Ist es nicht das gute Recht von Politikern, einer Religion anzugehören?***

Natürlich. Aber noch immer wirkt nach, dass Deutschland lange Zeit ein christlich geprägtes Land war. Das ändert sich erst seit 50 Jahren. In Großstädten wie Hannover gehört die Mehrheit der Bevölkerung bereits keiner der großen Kirchen mehr an. Immer weniger Menschen lassen sich ihren Lebenssinn von religiösen Institutionen vorgeben. Der Staat muss dazulernen. In einem liberalen Rechtssystem darf er nur dann in das Leben seiner Bürger eingreifen, wenn dieses rational und weltanschaulich neutral begründet ist. Das Bewusstsein dafür muss erst noch wachsen.

Für unserem Staat geht es darum die Verfassungswirklichkeit etwas mehr mit der Verfassungsidee in Einklang zu bringen. Und für die bekennende Christen um den Beweis, dass sie ihrem Gott vertraue und nicht auf den „Segen“ der Kirchensteuer bauen.

Am 2. Mai erhielt ich den Rundbrief 19/1 vom April 2019 der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung und der Akademie Solidarische Ökonomie ( [www.cgw.de](http://www.cgw.de) ). Die Titelseite

ziert ein Bild von Vincent van Gogh. Es hat den Titel *Bauern bei der Arbeit*. Zu lesen ist:

### **Die Politische Ökonomie in der Bibel**

Die heutige neoliberale Ökonomie spricht bewusst nicht von einer politischen Ökonomie, da nach Adam Smith die „unsichtbare Hand“ des Marktes alles regelt und gleichsam einem Quasi-Naturgesetz unterliegt und somit eine Eigengesetzlichkeit beansprucht. Dabei zeigen schon die unterschiedlichen Begriffe wie „Planwirtschaft“, „soziale Marktwirtschaft“, „freie Marktwirtschaft“, „solidarische Wirtschaft“, „Tauschwirtschaft“, dass jede Ökonomie politische Ökonomie ist, weil sie so oder anders die Gesellschaft speziell formt und gestaltet. Wenn wir Mitglieder von CGW eine „gerechte Wirtschaftsordnung“ fordern und uns dafür einsetzen, betreiben wir eine politische Ökonomie, die solidarisch und gerecht sein soll. Politische Ökonomie setzt aber immer eine Gesellschaftsanalyse voraus, um dann zielorientiert handeln zu können. Da wir als Christen unsere Grundorientierung aus den beiden Testamenten der Bibel finden wollen, fragen wir nach ihrer politischen Ökonomie als Wegweisung.

Auf den nächsten vier Seiten präsentiert dann Christoph Körner sein Suchergebnis. Auf den nächsten Seiten werden dann Bücher vorgestellt: „Die offene Gesellschaft / Ein Plädoyer für Freiheit und Ordnung im 21. Jahrhundert“ von Stefan Brunnhuber; „Solidarismus“ von Rudolf Diesel; „Nicolas Walter / Betrifft: Anarchismus, Jochen Schmück Leitfaden in die Herrschaftslosigkeit“; „Die unvollendete Europa Demokratie“ von Ute Scheub (Ein Buch das der Verein *Mehr Demokratie* in einer größeren Auflage verteilt hat.) und „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik / Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“ von Werner Onken.

Ich möchte hier nur ein paar Anmerkungen machen: Die Offene Gesellschaft in Anlehnung an Karl Popper ist notwendig im Hinblick auf einen allgemeinen Wohlstand in Freiheit. Diese *Offene Gesellschaft* wird aber auch gefährdet, wenn die politische Mitte in ihrer Mittelmäßigkeit nur noch ihr blindes Tasten und Irren reelle Politik gelten lassen will und alle anderen Äußerungen als linken oder rechten Populismus denunziert.

Dass der Erfinder des Dieselmotors sich auch als theoretischer Gesellschaftsgestalter hervorgetan hat, war mir unbekannt. Das sollte auch den Unternehmern in jedem Gewerbegebiet in der es eine Rudolf Diesel-Straße gibt, wiederholt zur eigenen Inspiration mitgeteilt werden. Diesel Gestaltungsansatz ist wohl ein genossenschaftlicher. Die Genossenschaft hat sich als Unternehmensform bewährt. Wenn das im produzierenden Gewerbe nicht der Fall ist, liegt es mehr an der Gestaltung des Genossenschaftsgesetzes als an dieser Unternehmensform.

Die Genossenschaft ist aber kein Mittel, den Kapitalismus zu überwinden. Aber der Marktwirtschaft würde nicht schaden, wenn BMW und oder Zeitungsverlage in der Form von Genossenschaften betrieben würden. Es würde in jedem Fall bewirken, dass die Mitarbeiter solcher Unternehmen aus ihre Objektstellung in die Subjektstellung wechseln würden. Im Übrigen ist Rudolf Diesel nicht der einzige Unternehmer, der sich gesellschaftsgestalterisch bemüht hat.

Christen hätten Anlass, den von Ernst van Loen herausgegebenen Nachlass von Johannes Kleinhappl, des Kontrahenten von Oswald von Nell-Breuning, zu studieren. Er plädiert nämlich dafür, dass der Arbeitnehmer Eigentümer seiner Arbeitsmittel wird. Der Titel eines seiner fünf Bände lautet „Christentum und Kapitalismus.“

Zum Buch über Anarchismus bleibt anzumerken, dass es eine Fehlinterpretation ist, den Anarchismus als Gesetzlosigkeit oder als Terror zu verstehen. Es geht darum, die Freiheit des Individuums vor dem Staat als Leviathan zu schützen. Die Zentralverwaltungswirtschaft, ist eine Ordnungsform, in der der Leviathan seine volle Reife erhält. Das sozialistische Ziel, der Arbeit den vollen Ertrag in der Zentralverwaltungswirtschaft zu verschaffen, ist die große Illusion der Marxisten. Der Kapitalismus kann durch ein solches Bemühen, wenn es erfolgreich ist, nur vom Privatkapitalismus in ein Staatskapitalismus transformiert werden. Der liberale Sozialismus – eine Begriffsprägung von Ludwig Erhards Lieblingslehrer Franz Oppenheimer - ist in der marktwirtschaftlichen Ordnung möglich. Solange die politischen Akteure, die sich als Sozialisten verstehen, nur den Privat-Kapitalismus in einen Staats-Kapitalismus wandeln wollen, sind sie die größten Unterstützer des Kapitalismus.

Nicht nur die Europa-Demokratie ist unvollendet, sondern auch unsere in Deutschland. Unsere Demokratie kann man realistischerweise mit des Kaisers neuen Kleider im Märchen von Hans Christian Andersen vergleichen.

Über das Thema des Buches von Werner Onken habe ich schon in einem anderen Teil dieser Arbeit gesprochen.

Über alle Themen wurde auch schon vor nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg diskutiert und gestritten, ohne dass ein Fortschritt feststellbar ist. Wenn man sich das bewusst macht,

sind Zweifel an die Ausstattung der Menschen mit Vernunft durchaus angebracht. Paul Heinrich Diehl hat sich Zeit seines Lebens nicht von solchen Zweifeln in seinen Bemühungen um Aufklärung irritieren lassen. Bei Ernst Winkler las ich, dass er noch auf dem Sterbelager versuchte, seine Botschaft für die Lebenden nieder zu schreiben. Nach Winkler waren jene Zeilen nicht mehr lesbar. Wegen seiner Rolle bei der Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, aber auch wegen seiner Treue zu seinen Erkenntnissen stelle ich die Schrift „Macht oder Geist“ von Paul Heinrich Diehl nochmals ins Netz. Anzumerken bleibt nur noch, dass der Verleger, Dr. Will Noebe, der Zeitschrift Telos, als deren Sonderdruck der Text 1968 erschien, nach dem Zweiten Weltkrieg für die gleichen Einsichten „7 ½ Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D. in Ostdeutschland und Sibirien“ war. So zu lesen in: „Wie es wirklich war“ von Will Noebe, 1959.

**PROF. DR.  
PAUL HEINRICH DIEHL**

**MACHT ODER GEIST**  
**DIE FRAGE UNSERER ZEIT**

**TELOS - SONDERDRUCK**  
**BERLIN 1968**

Die pluralistische Gesellschaft, Demokratie genannt, ist ständig von der Gefahr der Selbsterstörung bedroht. Da sie der ausschließliche Garant der persönlichen Freiheit ist, bedeutet ihr Untergang auch den unserer Freiheit. Aber der „freie“ Bürger hat sich bisher nur als ein schlechter Verteidiger dieser seiner Freiheit erwiesen.

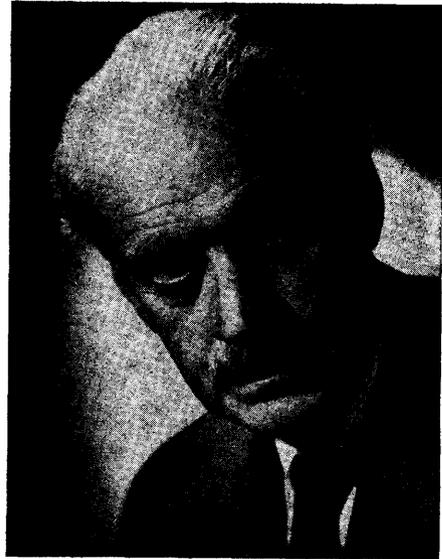
Schon die überwältigende Flut der täglich an ihn durch die modernen Kommunikationsmittel herangetragenen Informationen, Gedanken und Ideen macht es ihm schwer, einen klaren und sicheren Standort zu gewinnen. So ist sein Weltbild, dort, wo es nicht mehr durch religiöse Überzeugung bestimmt wird, mehr durch zufällige äußere Umstände als durch eine eigene begründete Meinung geprägt. Damit wird er zum willigen Werkzeug auf ihn einwirkender stärkerer Mächte und Kräfte. Die Ära Hitler hat uns dafür einen grauenvollen Anschauungsunterricht geliefert.

Aber die gespenstischen Schatten dieser furchtbaren Jahre scheinen ohne Wirkung geblieben zu sein.

Kaum sind die Felder der Erhard'schen „fruchtbaren Jahre“ abgeerntet, da feiert der Radikalismus von rechts und von links fröhliche Urständ. Die Marschkolonnen des Herrn von Thadden finden einen begeisterten Zulauf, der innenpolitisch ebenso deprimierend ist, wie er uns außenpolitisch kompromittiert. (In Moskau sagte der Verteidigungsminister Gretscho anlässlich der Jubiläumsfeier, eine „ernste“ Gefahr für die europäische Sicherheit gehe von den militärischen Bestrebungen Westdeutschlands aus.) Radikale Studentengruppen vollziehen Protestmärsche nach dem Muster der Arbeiterbataillone und Maos Rote Bibel in deutscher Übersetzung — ein durch die schlichte Form der Darbietung und die raffinierte Art der Argumentation äußerst gefährliches Buch — geht in deutschen Landen von Hand zu Hand.

So erhebt sich denn die Frage, wo liegen die letzten Ursachen für diese Anfälligkeit der Demokratie, der der Mensch doch sein köstlichstes Gut, die persönliche Freiheit verdankt? Sie liegen in ihrer derzeitigen mangelhaften Struktur. Um die Demokratie zu sichern, dazu bedarf es einer ihr gemäßen Ordnung. Und wenn schon Macht, dann nur die von innen gewachsene, gewaltige Macht, zu der sich eine von ihren Mängeln befreite Demokratie entwickeln kann.

50 Jahre — seit der Katastrophe von 1918 — haben Männer der Wissenschaft und Politik um die Klärung dieser Probleme gerungen. Die beifolgende Flugschrift gibt eine gedrängte Übersicht über die Wege und das Ergebnis ihres Bemühens. — Die Klärung ist heute vollzogen. — Aber die Verwirklichung dieser Gedanken bedarf des Verständnisses und der Zustimmung der breitesten Öffentlichkeit. Diesem Zweck soll die beiliegende Flugschrift dienen. Das Geld und das Gesetz der großen Zahlen bestimmen heute den Gang alles Geschehens. Nur eine Propaganda allergrößten Ausmaßes führt deshalb zum Erfolg. — Aus diesem Grunde wendet sich unsere Bitte an alle freiheitlich gesinnten Menschen um Hilfe für ein Unternehmen, das als Mindesterfolg die Eröffnung einer allgemeinen öffentlichen Debatte über die für uns und die ganze westliche Welt lebenswichtigste Frage erwarten läßt. Schon damit wäre ein erster entscheidender Schritt getan.



*Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl*

---

---

## MACHTPOLITIK ODER STRUKTURPOLITIK?

Was bedeutet aber dieser Vorgang? — Er war im Grunde nichts anderes als ein letzter Versuch Machtpolitik zu betreiben. Machtpolitik der Ohnmächtigen! Freilich nicht aus eigener Kraft, sondern gestützt auf die stärkeren Arme der anderen. Wir, die wir seit Menschengedenken das größte Fiasko mit solcher Politik erlitten hatten, wir blieben einer Fiktion treu, die seit Jahrtausenden die zivilisierte Menschheit in Atem hält, unbeschadet dessen, daß sie dadurch immer wieder ins Unglück gestürzt wurde, der Fiktion, daß Politik ausschließlich Sache der Macht, ja, daß sie anders überhaupt nicht denkbar sei. In Wahrheit aber ist *Politik als Staatskunst in erster Linie ein Strukturproblem und kein Machtproblem*. Das gilt für alle Zeiten, seit es überhaupt Kulturnationen gibt.

In einem alarmierenden Artikel von Günter Grass in der „Südd. Zeitung“ vom 29. Mai 1967 wird uns politisch unbelehrbaren Deutschen bewiesen, daß wir auch nach dem zweiten Weltkrieg wieder genau das Gegenteil dessen getan haben, was wir hätten tun sollen. Grass wirft unseren Politikern vor, daß sie es nicht gewagt haben, gegen den Strom zu schwimmen. Aber seit wann tut das eine parlamentarische Mehrheit? Das macht doch immer nur die Opposition, die nichts zu verlieren hat, aber möglicherweise einiges dabei gewinnen könnte.

Der Schock des totalen Zusammenbruchs war für uns Deutsche so unerträglich, der Gedanke, das eben noch so allgewaltige Großreich, vor dem die Völker zitterten, für immer zerschlagen zu wissen bis auf einen kümmerlichen Torso so unfassbar, daß wir einfach nicht gewillt waren, dies als Faktum hinzunehmen. Mit den sich daraus ergebenden Folgerungen sich abzufinden oder gar sie zu sanktionieren, bedeutete für die Mehrheit der Deutschen einfach die Selbstaufgabe. Kiesinger, dem Grass vorwirft, daß er dem Gedanken der Wiederbewaffnung den Vorrang gab vor dem des Verhandeln mit den Mächten um die Wiedervereinigung, hat als Mitglied der Mehrheitspartei nur deren Gedanken Ausdruck gegeben und er erntete dafür den Beifall eben dieser Mehrheit im Parlament.

Es ist im Laufe der Entwicklung der Staaten zu immer komplizierteren Gebilden in zunehmendem Maße deutlich geworden — was für alle Staaten seit Anbeginn gegolten hat — daß das Schicksal jedes Staatswesens weit weniger bestimmt wird durch seine politische Form, seine Einrichtungen jeglicher Art, seine Gesetze und seinen kulturellen Status, als *durch sein strukturelles Gefüge*. Die Art, wie Erzeugung und Verteilung der die menschliche Existenz sichernden Güter geregelt war, d. h. also das Verhältnis des Bürgers zur Produktionsquelle Boden und zum Tauschvermittler Geld, bestimmte seit je das Schicksal der Völker, ihre Blüte und ihren Untergang. Mißbräuchliche Eingriffe zur Steigerung oder Erhaltung der jeweiligen Machtposition verhindern eine gerechte Ordnung und führen auf lange Sicht wieder zum Sturz dieser Macht. Ob wir an die Revolutionen in moderner Zeit oder an den Untergang der ältesten Reiche denken, es ist immer das gleiche Bild. Und zu allen Zeiten gab es Mahner, die diesen Zusammenhang erkannten, aber unverstanden blieben.

Von Plinius dem Jüngeren ist uns die Klage überliefert: *Latifundia perdidere Italiam*, die Latifundien haben Italien zugrunde gerichtet. Während aber die Zahl derer, die das Bodenunrecht erkannten, im Laufe der Zeiten anwuchs, ohne daß sich freilich die Mächtigen daran stießen, blieb das minder sichtbare, aber nicht minder verheerende Übel des Mißbrauchs der im

Tauschmittel verborgenen strukturbildenden Kräfte, bis in unsere jüngste Gegenwart oft selbst denen, die daraus Nutzen zogen, seinem Wesen nach unbekannt. Es ist ungemein bezeichnend, daß es gerade über diese Zusammenhänge, trotz der erdrückenden Fülle der Geldliteratur, erst eine einzige systematische und dabei keineswegs erschöpfende Untersuchung gibt und zwar die des des Schweizers Fritz Schwarz, Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker (Bern 1945). Der Vorrang des Machtdenkens hat es verhindert, daß diese Problematik jemals einer ernstlichen Prüfung unterzogen wurde.

Alle Politik begnügt sich bis zur Stunde noch damit, den aus den bestehenden strukturellen Fehlkonstruktionen folgenden Schwierigkeiten von Fall zu Fall durch gesetzliche Eingriffe zu begegnen. Durch dieses Kurieren an den Symptomen aber wird lediglich erreicht, daß nach Beseitigung einer Schwierigkeit wieder eine neue heraufbeschworen wird.

Lassen Sie mich das an einem drastischen Beispiel aus unserer jüngsten wohlstandsträchtigen Vergangenheit illustrieren. Bis zum Jahre 1954 bewegten sich die Bodenpreise im Vorortbereich Münchens in der Größenordnung von 4—10 DM. Zehn Jahre später waren sie auf 160, 180, ja 200 DM gestiegen. Wer demnach eine Bodenfläche von 1000 qm sein Eigen nannte, konnte damit einen effektiven Gewinn von 160 000 DM und mehr für sich buchen, ohne auch nur einen Finger dafür gerührt zu haben. Versucht man sich danach eine ungefähre Vorstellung von der Größe der im genannten Zeitraum gemachten Gewinne in der Bundesrepublik mit ihren rund 25 000 Städten und Dörfern zu machen, so kommt man zu geradezu erschreckenden Zahlen. K. R. Müller schätzt in seiner höchst aufschlußreichen, zusammenfassenden Betrachtung (im Märzheft 1965 der Zeitschrift „Mensch, Technik, Gesellschaft“ der Akademie für freie und soziale Ordnung, Bottrop) den Gewinn aus Bodenverkäufen bis zum Jahre 1964 auf 85—100 Milliarden. Vielleicht ist diese Zahl sogar noch zu niedrig gegriffen. Dazu kommt, daß der Trend in der Bodenspekulation bis Ende 1966 noch ganz bedeutend zugenommen hat. Aber es geht ja hier nicht um die Ziffern, sondern um das Prinzip. Entscheidend für die gegenwärtige Betrachtung ist jedenfalls die Tatsache, daß in wenig mehr als einem Jahrzehnt ein alle bisherigen Vorstellungen übersteigender Betrag in

die Hände einer Minderzahl von Bürgern ohne jede Gegenleistung gelangt ist. Da aber diese neu gewonnenen Vermögen natürlich auch Zinsen tragen, kommt zu dieser Vermögensverschiebung von gigantischem Ausmaß noch eine Einkommensverschiebung in Milliardenhöhe. Die dadurch entstandene Dauerbelastung unserer Wirtschaft trägt logischerweise der letzte Konsument, vor allem in Gestalt vielfach erhöhter Mieten. Jene Riesensummen, bei denen es auf ein paar Milliarden mehr oder weniger gar nicht ankommt, *lasten nun als eine ungeheure Hypothek auf der Gesamtproduktion der Bundesrepublik und zwar für alle Zeit.*

Und wie war die Haltung unserer Volksvertretung zu dieser unserer lebenswichtigsten Frage?

Die Tragikomödie der Bodengesetzgebung nach dem 2. Weltkrieg steht wohl einzig da. Die Väter des Grundgesetzes haben die Folgen der Übernachfrage nach Boden, besonders auch im Hinblick auf die Ostflüchtlinge, erkannt und schufen den Artikel 15, der die Überführung des Bodens in Gemeingut gegen Entschädigung vorsah. Demgemäß forderte die Bundesregierung auf, bis zum 30. 6. 1954 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der vor allem die Bodenspekulation unterbinden sollte.

Die Verschleppung der ganzen Angelegenheit durch die Bundesregierung, die ablehnende Haltung einer Mehrheit der Abgeordneten, die selbst Grundbesitzer waren, die schließliche Einsetzung eines „wissenschaftlichen Beirats“, der alle bodenreformerischen Vorschläge als „ungeeignet und undurchführbar“ erklärte und die endlich im Jahre 1959 beschlossene und wegen ihrer (voraussehbaren) Unwirksamkeit bald wieder ad acta gelegte Baulandsteuer sind die Etappen auf einem Weg, der in der ungezügelter Bodenspekulation sein Ende fand.

Am Anfang die feierliche Erklärung dessen, was not tat, am Ende ein Zustand, der dieser Erkenntnis in jeder Weise Hohn spricht, das war das Fazit einer zehnjährigen „Tätigkeit“ unserer Regierenden.

Wäre eine Instanz dagewesen, die sich in den letzten zehn Jahren wirklich intensiv mit der Bodenfrage befaßt hätte, wie es das Grundgesetz verlangte, dann hätte man gefunden, daß eine

annehmbare Lösung auch unter Aufrechterhaltung des Privateigentums an Boden durchaus möglich gewesen wäre (vgl. Eckhard Behrens, Lösung der Bodenfrage, in der Monatsschrift „Evolution“ 1964 Nr. 77, S. 145. Bern, Sem-pacherstraße 9).

Die Haltung unserer Verantwortlichen ist um so weniger zu entschuldigen, als bei einigem guten Willen sich durchaus tragbare Lösungen hätten finden lassen.

Es sei mir gestattet, dafür das Beispiel meiner eigenen Wohngemeinde Gräfelfing, der ich 14 Jahre als Bürgermeister vorstand, anzuführen, weil es zugleich einen recht instruktiven Beitrag zur Prizipienfrage für dieses heikelste Thema der Wirtschaftspolitik liefert.

Wir hatten in der Krisenzeit vor 1933 allen irgend erreichbaren, damals im Preis sehr tief stehenden Boden angekauft. Als wir dann 1933 ausgebootet wurden, hielt der neue Finanzreferent, ein Bankfachmann, eine Brandrede gegen uns Verschleuderer von Volksvermögen. Bei unserem Wiedereinzug ins Rathaus nach den ominösen 12 Jahren stellten wir fest, daß das ganze, von uns erworbene Areal von 1 040 000 qm bis auf einen kleinen Rest (43 250 qm) aus dem Gemeindebesitz verschwunden war und auch das dafür eingehandelte Geld sich in Rauch aufgelöst hatte.

Dieser Rest reichte eben noch aus, um für unsere Flüchtlinge eine Siedlung — heute ein Schmuckstück der Gemeinde — bestehend aus 41 Häusern mit 272 Wohnungen bei entsprechend günstigen Mietpreisen zu errichten. Sieht man davon ab, daß die erst im Anfangsstadium befindliche Aktion gewaltsam abgebrochen wurde, so wird man zugeben müssen, daß hier ein durchaus diskutabler erster Schritt zur Lösung der Bodenfrage unternommen war. Man braucht sich nur vorzustellen, was es bedeutet hätte, wenn seit je alle Gemeindevertretungen des Reiches in gleicher Weise verfahren wären. Was es nicht dazu kommen ließ und nicht dazu kommen läßt, ist weit weniger primitiv egoistisches Denken, als *die mangelnde Unterrichtung der Allgemeinheit über die entscheidenden Grund-satzfragen der menschlichen Existenz*, wofür die kurzsichtige Betrachtungsweise des erwähnten Bankmannes, dessen ehrliche Überzeugung wir nicht im mindesten bezweifeln wollen, eine dra-stische Illustration liefert.

Aber das eigentlich verursachende Übel ist in unserem Falle die bis zum heutigen Tage bestehende mangelnde Einsicht und die daraus folgende mangelnde Beherrschung des zweiten Strukturelementes unserer Gesellschaftsordnung, des Tauschmittels und seiner Funktionen. Und es ist kein Trost für uns, daß das nicht für uns allein gilt, sondern für die ganze zivilisierte Welt. Die durch Jahrtausende geübte Machtpolitik, mit der man sich schlechthin an alle öffentlichen Probleme heranwagte und sie „löste“, hat es verhindert, daß man den entscheidenden Strukturproblemen ernstlich auf den Grund ging.

Schon die Tatsache, daß in kurzer Aufeinanderfolge Konjunktur und Krise sich gegenseitig ablösen, beweist zur Genüge, daß man das Instrument, auf das es dabei in erster Linie ankommt — aus welchen Gründen auch immer — nur mangelhaft beherrscht. Dank der seit zehn Jahren auf eine „schleichende Geldentwertung“ gegründeten Konjunkturpolitik hatten wir eine Wirtschaft, die „gut verdiente“. Dabei war bis auf den heutigen Tag diese Wirtschaft besessen von dem Drang zum Export, der den exportbegünstigten Industrien einseitig konjunkturelle Gewinne brachte. Aber mit diesen Gewinnen im Blickfeld sahen wir daran vorbei, daß die Exportdevisen *nicht von einer legitimen Nachfrage* aus der deutschen Wirtschaft, sondern von laufend „neugeschöpfter Nachfrage“ aus der Notenpresse aufgekauft wurden. Allein der Bargeldumlauf — ein zuverlässiger Maßstab für die Ordnung einer Volkswirtschaft — hat von 1957 (17 Mrd. DM) bis 1967 (32 Mrd. DM) um 15 Mrd. DM, also auf fast das Doppelte zugenommen. Und diese „Produktivität“ der Notenpresse galt ja nicht der Förderung der deutschen Wirtschaft im allgemeinen, sondern sie galt ausschließlich Jahr für Jahr dem Ankauf von Exportdevisen. Aus diesem Grund stockte sich die Geldvermehrung (als „importierte Inflation“) mit jedem Exportüberschuß weiter auf. Daß diese Entwicklung mit dem Abkommen von Bretton Woods zusammenhängt, ist keine Entschuldigung für das Weitertorkeln auf diesem Wege. Längst schon hätte die Bundesregierung sich der gründlichen wissenschaftlichen Klärung dieser Probleme annehmen und eine internationale Neuordnung anstreben müssen. Nichts gegen den Export — aber ein ganz entschiedenes Nein zum Devisenankauf aus Mitteln der Notenbankgeldschöpfung.

Diese künstliche Geldaufblähung löste nun einen verhängnisvollen Automatismus aus, der einen völligen Wandel im Strukturbild unserer Wirtschaft zur Folge hatte. Die durch den Geldstrom bewirkte Übernachfrage setzte das Rad der Wirtschaft in immer schnellere Bewegung, die durch nichts mehr aufzuhalten war. Ein Teufelskreis entsteht, ein Keil treibt den anderen. Das als Masse anschwellende, in seiner Kaufkraft ständig abnehmende Tauschmittel zwingt zur Investition, die verstärkte Investition fordert vermehrte Arbeitskräfte. Dem voll ausgelasteten Arbeitsmarkt werden Fremdarbeiter zugeführt. Das ist nicht anders, als ob man einem vollblütigen Menschen durch Einspritzungen weiteres Blut zuführt. Der Arbeiter erhält über-tarifliche Löhne, und der Kaufkraftschwund belehrt ihn darüber, daß auch für ihn „investieren“, d. h. sein Geld in Ware umsetzen, besser ist als sparen. So wird es schließlich auch für den kleinsten Mann zur Prestige-Frage ein Auto zu besitzen, eine ebenso zweifelhafte wie kostspielige Kapitalanlage. Folge: überall platzt das Straßennetz aus den Nähten. Aber die Gemeinden haben Geld, wenn auch nicht unbegrenzt. Die Gewerbesteuern fließen reichlich und Kredite sind für sie leicht zu haben. Riesige Kapitalien werden in dieser Zeit flüssig gemacht von Gemeinden, Ländern und Staat — und müssen verzinst werden.

Einem gewaltigen Strom gleich hat sich das überschüssige Geld über das ganze Land verbreitet und in kleine und kleinste Kanäle verästelt. Wer soll diesen Strom aufhalten und wo? Ausgabeneinschränkung! Die Regierung schnappt nach Luft. 85 %, nach jüngsten Erklärungen sogar 90 % der Gesamtausgaben — zu einem wesentlichen Teil Zinsbelastungen — beträgt der Anteil der gesetzlich, vertraglich oder international gebundenen Ausgaben. Von dem verbleibenden Rest kommt natürlich wiederum nur ein kleiner Teil für Kürzungen in Frage. Bestenfalls vielleicht 10 %, das wären etwa 600 Millionen. Was aber bedeutet diese Summe bei insgesamt 33 Milliarden DM öffentlicher Investitionen, wie sie beispielsweise im Jahre 1964 ausgewiesen wurden?

Die Verschuldung hat gigantische Formen angenommen und der Bund als Wirtschaftskörper gleicht mehr einem an Händen und Füßen gebundenen, aktionsunfähigen Koloß. Kein Wun-

der, daß sich jene Männer wieder zu Wort gemeldet haben, welche die Schuld bei denen suchen, die für eine freie Wirtschaft angetreten sind und sich von massiven Eingriffen in die Wirtschaft, mit anderen Worten von einer auf Macht gestützten Führung mehr versprechen, als von einer nur den Marktgesetzen gehorchenden Wirtschaft.

Macht an sich ist in ihrem Vollzug bedingungsloser Eingriff in das Recht auf Freiheit anderer und damit Willkür. Sie ist nur berechtigt als Ordnungsfaktor und setzt immer eine Befugnis voraus, erteilt durch diejenigen, die sie zum Schutz dieser Ordnung eingesetzt haben. Sie besteht nur zu Recht in deren Bereich. Absolute Macht aber bringt schnellere Erfolge und wirkt dadurch faszinierend, — ruft jedoch andererseits die Gegenkräfte auf den Plan. Das hat dazu geführt, die Machtmittel ständig zu verstärken und zu verbessern, soweit, daß der Mensch heute vor der Gefahr der Selbstvernichtung steht. Will er überleben, so muß er an die Stelle des Machtdenkens konstruktives Denken setzen.

So blieb die vom bisherigen Machtdenken geschaffene Weltordnung im tiefsten unbefriedigend. Sie trägt weitgehend den Charakter der Willkür, ist demnach keine natürliche, d. h. dem Menschen gemäße Ordnung. Gegenüber der raffinierten Technik der Machtmittel, die sich im letzten nun als wertlos erweisen, hat die Technik des menschlichen Zusammenlebens kaum eine Besserung erfahren. Noch immer macht man schuldlose Menschen zu Schlachtopfern irgendwelcher willkürlichen Systeme.

Die Frage ist nun freilich, gelingt es, die Menschen zur Besinnung zu bringen, ein Umdenken zu erreichen, ohne daß die den Frieden ständig störenden Faktoren, die im Bodenproblem und im Geldwesen verborgen liegen, beseitigt werden? Es ist eines der seltsamsten und doch kaum beachteten Phänomene der arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung, daß das für ihre Zwecke geschaffene, scheinbar so harmlose und so überaus nützliche Tauschmittel sich, unabhängig vom bewußten Willen der Menschen zu einem Machtfaktor entwickelt hat, der in seiner autonomen Gesetzlichkeit der brutalen Macht der Herrschenden sich immer wieder in seiner Wirksamkeit als überlegen erwiesen hat.

Warum aber ist das so?

Als ich noch auf der Schulbank saß, da erzählte uns der Lehrer, daß ein Pfennig zu Christi Geburt angelegt mit 4 % heute den Wert einer Goldkugel von der Größe der Erde darstellen würde. Inzwischen dürfte der Wert von einem Dutzend goldener Erdkugeln kaum ausreichen, um die fälligen Zinsen zu bezahlen. Das heißt aber doch, daß im zinstragenden Geld eine Explosivkraft liegt, die eine geradezu verblüffende Parallele zur Atombombe darstellt. Die „Ausbeutung“ durch den Boden ist immerhin begrenzt durch die Größe des Bodens, diejenige durch den Zins tendiert immer ins Grenzenlose. Man hat zwar diesen Effekt durch das Mittel der sogenannten „Amortisation“ bei langfristigen Schulden teilweise eingedämmt — was sonst geschehen wäre, ist kaum auszudenken. Aber davon, daß damit das Problem gelöst wäre, kann keine Rede sein. Es gibt heute bereits eine erschreckende Zahl von Milliardenären, deren Zins-einkommen in ständigem weiteren Wachsen ist und auch die Staatsschulden wachsen ins Ungemessene.

Die öffentliche Verschuldung in der BR ist, nach Feststellung der Deutschen Bundesbank seit 1950 um mehr als das Vierfache, von 21 auf 93 Mrd. DM gestiegen. Sie soll in diesem Jahr auf 100 Mrd. DM steigen. Wäre es dann nicht an der Zeit, daß sich der deutsche Bundesbürger auch einmal über dieses Problem seine Gedanken machte?

Es würde zu weit führen, alle Konsequenzen der im Zins wirksamen Explosivkräfte im einzelnen zu analysieren, aufzuzeigen, inwiefern das zinsbedingte Rentabilitätsgesetz zur Ursache der hektischen Betriebsamkeit unseres Wirtschaftslebens und der Ausschließlichkeit des Gewinnstrebens bei einer Vielzahl von Menschen geführt hat, eines Hastens nach Gewinn, das keineswegs naturbedingt mit der menschlichen Psyche gegeben ist.

Heute steht der Hypertrophie des Wirtschaftslebens in den hochzivilisierten Ländern, die keinen Ausgleich kennt, sondern bei gigantischer Material- und Kraftverschleuderung („Überproduktion“) in periodischen Wirtschaftskrisen immer wieder neue Katastrophen zeitigt, ein Notstand in den unterentwickelten Ländern (zumeist Domänen der früheren Kolonialherren)

gegenüber mit fast unüberwindlichen Ernährungsschwierigkeiten, die durch die rasante Bevölkerungsvermehrung in wenigen Jahrzehnten schon eine Weltkatastrophe erwarten lassen. „500 Millionen hungernder Kinder“ konnte man kürzlich wieder in den Schlagzeilen des Tagespresse lesen. Ein Gefahrenherd, der weder durch Notstandshilfen von Fall zu Fall, noch durch planwirtschaftliche Maßnahmen, sondern nur durch den allmählichen Um- und Ausbau des strukturellen Gefüges in den einzelnen Staatswirtschaften endgültig beseitigt werden kann.

Zur Behebung unserer eigenen Krise hat man im Jahre 1967 Kredite in Milliardenhöhe der Wirtschaft zur Verfügung gestellt, nach der von Keynes empfohlenen Methode des „deficit spending“: Zunächst 2,6 Milliarden. Sie taten jedoch keine Wirkung. Also versuchte man es nach einiger Zeit mit einer zweiten Spritze und einer doppelt so starken Dosis: 5,3 Milliarden. Nun wartet man ab, ob sie ihre Schuldigkeit tut. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist niemand sicher, ob dies geschehen wird. Manche Wirtschaftler äußern sich skeptisch. Sicher ist nur, daß die Kosten des Verfahrens der letzte Verbraucher zu tragen haben wird und zwar in doppelter Weise, einmal in den unvermeidbar steigenden Preisen infolge der weiteren Inflationierung der Wirtschaft und in den durch den Schuldendienst bedingten Steuererhöhungen.

Wie sieht nun nach alledem die Finanzgebarung unserer Regierenden in den letzten zwanzig Jahren aus?

Zunächst, im Zuge des wirtschaftswunderlichen Wiederaufbaus ein Geschenk von 100 Milliarden an den bodenbesitzenden Teil der Bevölkerung zu Lasten des anderen Teils, der die Kosten der zehnfach erhöhten Mieten etc. zu tragen hat. Darauf folgend ein wirtschaftlicher Zusammenbruch. Und schließlich ein Experimentieren und Lavieren mit Milliardenbeträgen auf gut Glück.

Finanzpolitik heute also — noch immer ein Vabanquespiel mit dem Schicksal eines ganzen Volkes als Einsatz.

Vergleiche hinken im allgemeinen — gewiß. Aber wenn man die Präzision der Zerstörungsmaschinerie, die sich die Menschen zur gegenseitigen Vernichtung aufgebaut haben und die mangelhafte technische Apparatur, die dem Auf-

bau und der *Erhaltung* der menschlichen Gesellschaft dienen soll, einander gegenüberstellt, so darf man doch, ganz allgemein gesagt, diesen Vergleich als ein Zeugnis dafür in Anspruch nehmen, was Machtdenken und konstruktives Denken im Laufe einer vieltausendjährigen Entwicklung gezeitigt haben.

## DER VORSCHLAG VON GÜNTER GRASS: EINE DEUTSCHE FÖDERATION

Günter Grass fordert in seinem Aufsatz die Anerkennung von unabänderlichen, noch dazu durch unsere Schuld entstandenen Tatsachen: der Oder-Neiße-Linie und der Existenz zweier deutscher Staaten. Er empfiehlt eine Föderation, als der einzigen dem deutschen Wesen und der deutschen politischen Vergangenheit gemäßen Staatsform. Eine Föderation, in der christ-demokratisch, sozialdemokratisch und kommunistisch regierte Bundesländer zusammenarbeiten. Man sollte Nationalgefühl und Nationalbewußtsein nicht verwechseln und den Traum eines deutschen Großreiches endlich ein- für allemal begraben.

Gewiß, es berührt unser Menschentum in keiner Weise, ob wir in einem Staat von 50 Millionen oder von 50 000 qkm leben. Der Stolz des kleinen Untertanen auf „die Macht und Größe seines Vaterlandes“ verdient bestenfalls ein entschuldigendes Lächeln. Was aber jedem frei denkenden Deutschen den Gedanken an jenen zweiten deutschen Staat so unerträglich macht, das für ihn im tiefsten Schmerzliche liegt darin, daß man dort in dem anderen Deutschland systematisch darangeht, einen anderen, uns fremden, ja im Innersten feindlichen Menschen heranzuzüchten, daß das, was wir glaubten als unseren unverlierbaren und vornehmsten Besitz in jahrhundertelangen Kämpfen errungen zu haben — unsere persönliche Freiheit, nun unseren Brüdern wieder geraubt wird. Soll eine Föderation Sinn haben, dann nicht ohne Freizügigkeit zwischen den föderierten Staaten. Freizügigkeit aber würde den kommunistischen Staat sofort in Frage stellen. Der Vergleich mit Frankreich hinkt. Dort kann der Kommunist jederzeit zu einer anderen Partei hinüberwechseln. Er ist als solcher kein staaterhaltender Faktor. Seine

Stimme wird zwar gehört, aber ihr Gewicht wird bestimmt durch die sie stützenden, gleichgerichteten Kräfte.

Der Vorschlag von Grass würde die Unterminierung des gegen den Westen gerichteten Bollwerks zur Folge haben. Wie sollte der Osten dem zustimmen?

## DER IRRWEG DER ZWÖLF JAHRE

Daß der Vorschlag von Grass aller Voraussicht nach sich als undurchführbar erweist, widerlegt nicht seine diesem Vorschlag zugrundeliegende Überzeugung, daß die einzig mögliche Haltung der BR der Verzicht auf jede Form von Machtpolitik ist. Indes, so heilsam seine offene Sprache für manchen heimlichen Revanchisten vielleicht gewesen sein könnte, sie verharret doch im Grunde im Negativen und ist ohne jeden zukunftsweisenden Aspekt, der dem entmutigten Deutschen die Überzeugung wiedergeben könnte: Es lohnt sich doch noch für mich, politisch tätig zu sein. Gerade uns entmachteten Deutschen, die wir zweimal als eine der stärksten Militärmächte der Erde am Machtproblem gescheitert sind und soviel Unheil über die Welt gebracht haben, ist es aufgegeben, Wege zu zeigen, zum mindesten an ihrer Auffindung mit tätig zu sein, die die Menschheit nach Möglichkeit fernerhin vor solchem Unglück bewahren.

Es wäre indessen eine verhängnisvolle Entstellung der Tatsachen, zu behaupten, es hätte nie ein anderes, den Frieden liebendes und suchendes Deutschland gegeben, wie es heute noch viele unserer ehemaligen Gegner wahr haben wollen, die im Hinblick auf die Geschehnisse in der Hitlerzeit, nicht müde werden, uns als die unverbesserlichen Gewaltmenschen hinzustellen. Eben das aber hat uns vor allem bei unseren östlichen Nachbarn ein Mißtrauen eingetragen, das geradezu unüberwindlich scheint.

Es ist unsere besondere Tragik, daß all die ernsthaften, nie erlahmten und von weitesten Kreisen unterstützten Bemühungen um eine den Frieden sichernde Ordnung im Schatten der entsetzlichen Ereignisse nach 1933 völlig untergingen. Darum erscheint es dringend geboten, immer wieder darauf hinzuweisen, wieviel doch

in all den kritischen Jahren seit 1918 von deutscher Seite getan wurde, um einer friedlichen Entwicklung die Wege zu ebneten.

Schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch 1918 standen allenthalben in Deutschland Männer auf, die sich dieser Aufgabe mit aller nur denkbaren Hingabe widmeten. Sie kamen aus allen geistigen Lagern.

Die Tätigkeit dieser Männer erwies sich als ungemein fruchtbar und man darf sagen, daß zwei der entscheidendsten, die Entwicklung einer befriedigenden Ordnung voraussetzenden Erkenntnisse in diesen Jahren geboren wurden. Zum ersten die durch die Kriegserfahrung ins Bewußtsein getretene Erkenntnis, daß Macht ihrem Wesen nach Willkür bedeutet und darum keine dauerhafte Ordnung zu schaffen vermag. Jede auf Macht aufgebaute Gesellschaft sei deshalb grundsätzlich ständig wiederkehrenden Störungen ausgesetzt. An die Stelle des Machtstaates müsse daher eine Ordnung treten, in der die Erhaltung der Freiheit und Würde des Menschen oberstes Gesetz ist. Dem Staat komme dabei nur eine dienende Funktion zu. Die Wirtschaft aber habe sich nach den Gesetzen des freien Marktes zu entwickeln. Diesem Gedanken trat freilich die organisierte Arbeiterschaft entgegen, weil sie sich von planwirtschaftlichen Rezepten mehr versprach.

Zum zweiten brachte die Frage, wodurch Macht in der Politik ersetzt werden könne, Vorschläge für eine Wirtschaftsordnung, die vor allem auf den Erkenntnissen genialer Außen-seiter fußten, Männern der Praxis, wie Flürscheim, Gesell, dem Arzt Dr. Christen u. a., deren unbestreitbares Verdienst es ist, zum erstenmal auf den *Primat der strukturbildenden Kräfte im menschlichen Gesellschaftsorganismus* hingewiesen zu haben. Auch hier gab es Widerstand von seiten der Fachwissenschaft, während sich in eben derselben Zeit der Status der offiziell anerkannten Wissenschaft in der großen Inflation von 1923, der monströsesten Ausgeburt des wissenschaftlich sanktionierten Deckungsaber-glaubens, dokumentierte.

Gewiß bedurfte manches, was damals an neuen Gedanken vorgetragen wurde, noch der Abklärung, aber der Weg war vorgezeichnet, das Entscheidende gesagt. Das Publikum aber

nahm stärksten Anteil an den öffentlichen Debatten. Die Botschaft einer neuen friedlicheren Welt fand überall in Deutschland bei vollen Sälen eine begeistert zustimmende Hörschaft. Es kam zu zahlreichen Ortsgruppengründungen und eine reiche Literatur trug die Gedanken ins Land.

In diese Atmosphäre schlug wie eine Bombe die Kunde von Hitlers Putsch in München. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß dieser Putsch im Effekt der Wirkung von Tausenden von Versammlungen gleichkam; denn die Kunde davon erreichte jeden Unzufriedenen im fernsten Winkel des Reiches. Hitlers rasanter Aufstieg war damit eingeleitet und bald machte der organisierte Mob jede Versammlung unmöglich. Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Im Jahre 1931 wagte ich einen letzten Versuch, das kommende Unheil aufzuhalten mit der Veröffentlichung einer Kampfschrift: „Wohin führt uns der Nationalsozialismus?“ Meine Freunde und ich hofften dabei in unserem Optimismus auf die Unterstützung durch die Regierung, die für eine Verbreitung der Schrift — möglichst in einer Millionenaufgabe — besorgt sein würde. Unsere Hoffnung, damit eine Wende herbeizuführen, war aber insofern nicht ganz unberechtigt, als zu diesem Zeitpunkt die total verschuldete Partei sich in einer äußerst prekären Lage befand. In der Tat sanken 1932 die Wahlziffern stark ab und es hätte wohl nur eines geringen Stoßes bedurft, um die vielen noch Zaudernden zur Vernunft zu bringen.

Aber was geschah statt dessen?

Am 20. Februar 1933 fand im Hause Göring eine Konferenz zwischen der Partei und einigen Herren der Industrie statt, als deren Ergebnis Hitler eine Wahlspende von 3 Millionen zur Verfügung gestellt wurde.

Diese Wahlspende war ein Vorgang von welt-historischer Bedeutung und findet seine Parallele nur in der gleich verhängnisvollen Tat der deutschen Regierung: dem Transport Lenins im plombierten Wagen nach Rußland.

Am 25. April 1933 schreibt Krupp an Hitler: „Die politische Entwicklung begegnet sich mit den Wünschen, die ich selbst und das Präsidium seit langem gehegt haben“.

Es erscheint zunächst unbegreiflich, daß die sonst doch so vorsichtigen Kapitäne der Wirtschaft zwar jeden von Außenseitern kommenden, auch noch so beachtenswerten Vorschlag meist ungelesen dem Papierkorb überliefern — unsere Hinweise jedenfalls blieben in den meisten Fällen unbeantwortet — aber einem Mann ihr Vertrauen schenkten, der als letzte Weisheit die These vertrat, an allem Unheil seien die Juden schuld.

Dazu schrieb mir, gelegentlich einer Kontroverse, ein Gesinnungsfreund: man müsse zunächst davon ausgehen, daß die Widerstände gegen alle echten Lösungen in der ganzen westlichen Welt ungeheuer groß seien. „Das ‚Establishment‘, die Interessengebundenheit bei uns, wie überall in der Welt, bei dem aber die Macht ist, kann nicht sehen, wie die Übel geheilt werden können und ist demzufolge nicht bereit, kleinen Professoren und wenn auch noch so gescheiten Eiferern ihr Ohr zu leihen. Das ist — vielleicht von Ausnahmen abgesehen — nicht böser Wille, der diese Problemblindheit bewirkt, sondern lediglich Unachtsamkeit und Uninteressiertheit. Zumal, *wenn es sich um Wirtschaftler handelt*, die es ja nur gewohnt sind, ein Leben lang ausschließlich ihre eigenen Interessen ins Auge zu fassen. Gerade in der westlichen Welt stehen aber nun einmal, dank der freien Wettbewerbs-Wirtschaftsordnung, die eigenen Ziele am höchsten im Kurs.“

Jedenfalls war das Entscheidende der Glaube dieser Herren an die Macht, sonst hätten sie sich nicht an Hitler als den vermeintlichen Retter gewandt, sondern (rechtzeitig) an die Herren, die am Schalthebel der Wirtschaft saßen.

Überdies war man der Meinung, man benötige Hitler und seine Partei als das wirksamste Bollwerk gegen den Kommunismus und sah wiederum nicht, daß es dieses Bollwerks gar nicht bedurft hätte, weil eine weit zuverlässigere Abwehr eine geordnete Währung gewesen wäre.

Der Sieg Hitlers bedeutete die restlose Zerstörung aller freiheitlichen Organisationen. Auf Grund der Mitgliederlisten wurde jedes einzelne Mitglied aufgesucht und alles dort vorgefundene, irgend „verdächtige“ Schriftmaterial konfisziert und vernichtet. Es gab wohl kaum jemals eine so gründliche, eine so systematische und raffi-

nierte Ausrottung des gesamten Geistesgutes einer politischen Bewegung, wie sie hier in Szene gesetzt wurde.

## AUF NEUEN WEGEN

Nach dem Sturz Hitlers schien ein Neuaufbau eine fast hoffnungslose Sache. Das Vakuum der zwölf Jahre, das alle getane Arbeit hatte in Vergessenheit geraten lassen, das Fehlen aller materiellen und geistigen Hilfsmittel und nicht zuletzt das sich anbahnende „Wirtschaftswunder“, das das Interesse der Allgemeinheit an theoretischen Betrachtungen über Wirtschaftsprobleme auf den Nullpunkt sinken ließ, stellten fast unüberwindliche Hindernisse dar.

Andererseits aber waren gerade während jener zwölfjährigen Vakanz die Arbeiten zweier Wissenschaftler erschienen, die die Welt aufhorchen ließen, weil sie völlig neue Aspekte für eine künftige Weltwirtschaftsordnung eröffneten. Ihrer Aussage nach aber bedeuteten diese Werke nicht mehr und nicht weniger als die wissenschaftliche Einkleidung und Bestätigung jener Gedanken, die seit 1918 von den freiheitlichen Bewegungen in Deutschland und in der Schweiz vertreten wurden.

Seit jeher war das Zinsproblem die große Sphinx in der Wirtschaftswissenschaft. Im Jahre 1921 erschien das große dreibändige Werk von Eugen von Böhm-Bawerk, in dem er den nie bestrittenen Nachweis liefert, daß sämtliche (rund 150!) bisher entwickelten Zinstheorien auf Irrtum beruhen.

Während inzwischen jedoch auch seine eigene Theorie widerlegt wurde, gelang es im Jahre 1936 J. M. Keynes in seinem Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ dem Rätsel auf die Spur zu kommen, womit er allerdings zugleich eine glänzende Bestätigung der Beweisführung lieferte, die der Kaufmann und wissenschaftliche Dilettant Silvio Gesell bereits im Jahre 1891 in seiner Schrift „Die Reformation des Münzwesens“ niedergelegt hatte.

Die Zinstheorie von Keynes ist bis heute unbestritten und wird es wohl auch bleiben\*). Dagegen sind seine praktischen Vorschläge der Krisenbekämpfung durch Staatshilfe problematisch, weil sie die Wirtschaft wieder dem Dirigismus in die Hände liefern.

„Ohne Freiheit der Person die soziale Frage zu lösen, ist unmöglich.“ Dieser Satz ist das Leitmotiv seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit. Er hat mit höchster Meisterschaft der Beweisführung und mit profundem Wissen die Bestätigung für diese Tatsache geliefert.

Demgegenüber ist die Konzeption Walter Euckens weit konsequenter und umfassender.

Für die Freunde der Freiheit aber bedeuteten die Arbeiten der genannten beiden Männer die Bestätigung, daß sie bei ihrer Suche nach einer neuen Ordnung auf dem rechten Wege marschierten. Das aber gab ihrem Tatendrang neuen Auftrieb. Es kam zunächst im engsten Kreise zur Gründung einer „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“. Der langatmige Titel wurde aber bald durch einen besseren ersetzt: „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“. Wir erlebten die Genugtuung, daß diese Aktionsgemeinschaft sich sehr schnell zur angesehensten wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigung in der BR entwickelte. Männer von internationalem Ruf, wie Rüstow und Röpke, Franz Böhm und Carl Nipperdey, um nur einige Namen zu nennen, traten der Vereinigung bei.

\*) Was diese Klarstellung für die Sozialstruktur der menschlichen Gesellschaft bedeuten würde, sobald die rechten Konsequenzen daraus gezogen werden, ist gar nicht abzusehen. Die Feststellung der Zinsgegner (die man übrigens immer wieder zu diskreditieren sucht durch die Behauptung, sie wollen den Zins „abschaffen“ oder „verbieten“), daß der Zins 50 % und mehr unseres Arbeitseinkommens vorwegnimmt, begegnet meist ungläubigem Kopfschütteln.

Im Unabhängigen Nachrichtendienst (UND) der Freisozialen Union, Hamburg, wird von einem Fachmann folgende Berechnung (die jeder mit seinen eigenen diesbezüglichen Erfahrungen vergleichen kann) aufgestellt für die Mietkosten einer freifinanzierten Geschoßwohnung von 70 qm bei mittlerer Ausstattung in guter Lage einer Großstadt. Sie spricht für sich:

#### A. Berechnung der Bau- und Bodenkosten

1. Baukosten:		
375 cbm umbauter Raum je 85,— DM (einschl. Baunebenkosten)		31 875,— DM
2. Kosten des Grund und Bodens (anteilig)		4 000,— DM
	Insgesamt	35 875,— DM

#### B. Berechnung der Kostenmiete

1. Kapitalkosten:		
7 % Zinsen von 35 875,— DM Bau- und Bodenkosten		2 511,25 DM
2. Bewirtschaftungskosten:		
a) 1 % Abschreibungen von 31 875,— DM Baukosten	318,75 DM	
b) Verwaltungskosten	40,— DM	
c) Instandhaltungskosten für 70 qm Wohnfläche je 2,25 DM	157,50 DM	
d) Mietausfallwagnis 2 % der Mieten von 3360,— DM = rund	66,— DM	
e) Betriebskosten (Grundsteuer, Müllabfuhr, Kanalbeiträge, Wasser- geld, Kehrlohn, Treppenlicht, Hauswart, Versicherungen)		
8 % der Mieten von 3360,— DM rund	266,50 DM	
	Bewirtschaftungskosten insgesamt	848,75 DM
	Jährliche Kostenmiete	3 360,— DM
	monatliche Kostenmiete:	
	<u>3360</u>	
	12	
	=	280,— DM

#### Kostenanteil des Kapitalzinses an der Jahresmiete:

a) Kapitalzins, jährlich	2 511,25 DM
b) Jährliche Kostenmiete (Kapitalzins plus Bewirtschaftungskosten)	3 360,— DM
c) Kostenanteil der Kapitalzinsen an der Jahresmiete:	

$$\frac{2 511,25 \times 100}{3360} = \text{rd. } 75 \%$$

Angesichts dieses überraschenden Erfolges ist es fast undankbar, zu erklären, daß sich die Dinge doch nicht ganz im Sinne der Gründer entwickelt haben. Die ASM ist zu einer Art Aufsichtsorgan der freien Marktwirtschaft geworden und gewiß wird in diesem Rahmen ganz ausgezeichnete Arbeit geleistet. Es wäre nur zu wünschen, daß sie bei den maßgebenden Politikern mehr Beachtung fände, als das bisher der Fall war. Aber die eigentliche Problematik, die Frage nach der Konsolidierung einer den Fortbestand der freien Welt garantierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die eine kompromißlose Lösung des Geld- und Bodenproblems zur Voraussetzung hat, ist doch seit dem frühen Tod des Gründers Otto Lautenbach mehr und mehr als allzu heißes Eisen in den Hintergrund geraten.

Solange man aber nicht den Mut findet, die elementaren Widersprüche im Strukturbild der sogenannten freien Gesellschaft zu beseitigen, bleibt die Freiheit des Menschen durch die sich notwendig ergebenden Konflikte und Krisensituationen ständig bedroht, solange werden immer wieder Lösungsversuche durch dirigistische Eingriffe von innen und außen den Gang der Entwicklung stören. Solange werden wir nicht in der Lage sein, der aus dem Osten drohenden Gefahr wirksam zu begegnen.

Diese Unsicherheit in der politischen Zielsetzung läßt vor allem weiterhin die Gefahr bestehen, daß in kritischen Zeiten irgendwelche vorgefaßte Meinungen — von gerissenen Demagogen gestützt — bei einer Mehrheit Boden gewinnen und zu einem neuen Massenwahn führen.

Eine ins Leben getretene Erkenntnis entschwindet nicht mehr aus demselben. Widerstände und Mißverständnisse können ihr Drängen ans Licht nur verzögern aber nicht verhindern. Und so sind denn nach 1945 unabhängig voneinander eine ganze Reihe von Institutionen und Bewegungen entstanden, die nur mit wechselnden Mitteln und Methoden im Grunde das gleiche Ziel verfolgen. Da ist zunächst das „Seminar für freiheitliche Ordnung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur“, das alljährlich im August in Herrsching am Ammersee seine Tagungen abhält. Das Erfreuliche an dieser Gründung ist vor allem, daß sie zu einem Sammelbecken geworden ist für eine Jugend, die frei von jedem politischen und dog-

matischen Vorurteil, aber in strenger sachlicher Schulung sich jedem politischen Gegner, aus welchem Lager er auch kommen mag, gewachsen zeigt. Das gleiche gilt von der „Akademie für freie und soziale Ordnung“ mit dem Sitz in Bottrop, die sich vor allem dem Studium der modernsten Wirtschaftsmethoden, so besonders der Kybernetik widmet. Ferner ist zu nennen die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ mit ihrem Mitarbeiter K. Walker, dessen letztes Werk „Europäische Währungsordnung“ stärkste Beachtung verdient und der mit seinem, im Ausland bereits prämierten „Volkswirtschafts-Planspiel“ vollkommen neue Lehr- und Forschungsmöglichkeiten für die Wirtschaftswissenschaft entwickelt hat\*). In Berlin besteht der „Neue Bund“, der versucht, in mehr populär gehaltener Form die entscheidenden Gedanken einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, während im Ruhrgebiet die „Freisoziale Union“ sich als Partei konstituiert hat.

Was aber der Mensch von heute braucht, der sich in den verwirrenden Eindrücken des Alltags nicht mehr zurechtfindet, ist *ein fester Halt, der ihm nur durch ein Wissen um das Wesentliche gegeben werden kann*, und dessen er bedarf, um zu einer positiven Haltung gegenüber einer, über allen Sonderinteressen stehenden Gesamtordnung zu gelangen. Nichts könnte daher, meiner Überzeugung nach, der Sache des Friedens und der Freiheit mehr dienen, als eine Aufklärung ganz großen Stils im Sinne der genannten Institutionen, unter Einsatz modernster Methoden der Werbung und aller ihr dazu zur Verfügung stehenden Mittel. *Sie müßte ausgehen von einem völlig autonomen, eigens für diesen Zweck geschaffenen und von absolut unabhängigen und vorurteilsfreien Persönlichkeiten geleiteten Institut.*

Niemand wird jemals beweisen können, daß für die vernunftbegabte Gattung Mensch unmöglich sein soll, was für die Gattung Tier in jeder Form eine Selbstverständlichkeit ist: eine zweckmäßige, dem einzelnen Individuum gerecht wer-

\*) Während der Drucklegung dieser Flugschrift erreichte uns die Nachricht, daß Karl Walker auf der 3. Internationalen Erfinder-Ausstellung in New York für sein Volkswirtschafts-Planspiel die Goldmedaille erhalten hat. Erst Brüssel und nun New York — und die Bundesrepublik? Soll die Abwanderung unserer besten Geister immer noch weitergehen? — Siehe auch TELOS Heft 1/1968. —

dende Lebensgemeinschaft zu bilden. Da es keine generellen, naturbedingten Hindernisse für das friedliche Zusammenleben der Gattung gibt, können sie nur vom Menschen geschaffen worden sein und deshalb auch durch den Menschen wieder beseitigt werden.

Diesen Sachverhalten im einzelnen nachzugehen, die bisher aus der Erfahrung gewonnenen Ergebnisse immer neu zu überprüfen und alle Chancen wahrzunehmen zu einem allmählichen und systematischen Abbau bzw. einer Korrektur aller durch Machteinflüsse entstandenen Fehleinrichtungen und Fehlentwicklungen soll die Aufgabe des Institutes sein. Eine Aufgabe, der sie sich unter weitmöglichster Mitwirkung und ständiger Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu unterziehen hätte. Eine gewaltige Aufgabe, gewiß, die aber eben darum nur durchführbar ist, wenn sie von einer ausreichenden Anzahl Gleichgesinnter im Volk unterstützt wird.

Ein derartiges Institut würde an Bedeutung jede andere Einrichtung sozialer, wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Art bei weitem übertreffen, die ja alle der Staat bisher mit Millionenbeträgen unterstützt hat. Warum aber sollte es nicht möglich sein, die in diesem Falle nötigen Mittel aufzubringen?

Man hat Millionen aufgewendet, um einen Demagogen und Hasardeur die Mittel in die Hand zu liefern, unsere Heimat zu zerstören und namenloses Elend über die Welt zu bringen.

Man hat Milliarden aufgewendet, um ein Instrument der Zerstörung zu erstellen, das die Welt ständig mit dem Untergang bedroht.

Man wendet weitere Milliarden auf für Spaziergänge im Weltraum, während unsere Erde einem vom Haß geschürten Hexenkessel gleicht.

*Sollte es da nicht möglich sein, endlich auch Mittel aufzubringen, um die ungleich sinnvollere Arbeit jener Männer zu fördern, die sich um den Aufbau einer friedlicheren Welt bemühen?*

Aber freilich, es ist kaum zu erwarten, daß die Initiative zu einem derartigen Unternehmen von einer Regierung ausgeht, man würde den Vorschlag mit absoluter Sicherheit im Parlament zu Tode reden. Der Entschluß hierzu kann nur aus dem Willen der Allgemeinheit kommen, aus der Initiative klarsichtiger Bürger.

Damit aber wird deutlich, wie sehr es noch der Erziehung in recht verstandenem freiheitlichen Geist bedarf. Daß solche Erziehung bereits im Elternhaus beginnen und in der Schule ihre Fortsetzung finden muß, darauf wird besonders im Schrifttum des Seminars für freiheitliche Ordnung und auch in dem des Neuen Bundes immer wieder mit Nachdruck hingewiesen.

Für viele Deutsche gilt die Wiedervereinigung als das selbstverständliche Ziel, das jede deutsche Regierung anzustreben hat. Der Gedanke, daß bis zur Stunde überhaupt kein Weg dorthin führt, gewinnt keinen Raum in ihren Überlegungen. Günter Grass, der seinerseits auch eine Wiedervereinigung, wie sie in der Vorstellung jener Deutschen lebt, für utopisch hält, versucht an Hand unserer geschichtlichen Vergangenheit nachzuweisen, daß der nationale Einheitsstaat noch zu keiner Zeit der deutschen Mentalität gemäß war und empfiehlt als Lösung eine Konföderation, wobei „ein Gremium dieser Konföderation, das seinen Sitz alternierend in Leipzig und Frankfurt haben möge“, die anstehenden Aufgaben zu lösen hätte.

Einigkeit, europäische wie deutsche, setzt nicht Einheit voraus, meint Grass, und Deutschland ist nur zwangsweise, also immer zu seinem Schaden, eine Einheit gewesen. Denn Einheit sei eine Idee, die wider den Menschen gesetzt ist, sie schmälert die Freiheit. Eine Annäherung in Form einer Föderation würde dagegen Sicherheit bedeuten und könnte beispielhaft werden für eine künftige europäische Lösung, die gewiß eine föderalistische sein wird. Ich habe die Schwierigkeiten, die einer solchen Lösung meiner Meinung nach entgegenstehen, bereits angedeutet.

Selbst aber wenn ein einigermaßen befriedigender Kompromiß zwischen Ost und West gefunden wird, was ist damit erreicht? Doch nicht mehr, als daß man einander Gewehr bei Fuß gegenübersteht; denn Wasser und Feuer können keinen Bund miteinander eingehen. Ein auf Freiheit und ein auf Gewalt aufgebautes System schließen sich gegenseitig aus. Die Welt bleibt unbefriedet nach wie vor.

Schließlich ist zu sagen, daß die endgültige Entscheidung in dieser Frage ja ausschließlich auf höchster diplomatischer Ebene gefällt werden

wird, daß es ganz und gar von der Art des Wirksamwerdens der diplomatischen Kräfte und von der gegebenen politischen Situation abhängen wird, welche Ergebnisse die Verhandlungen zuletzt zeitigen werden und daß der deutsche Staatsbürger jedenfalls soviel wie keinen Einfluß darauf haben wird. Um so bedeutender aber könnte der Einfluß des einzelnen Deutschen auf die zukünftige Entwicklung des Schicksals unseres Volkes, ja der Welt überhaupt werden in den Fragen, die wir zum Gegenstand dieser unserer Betrachtungen gemacht haben.

\*

Der Sinn unserer Darlegungen war es, darauf hinzuweisen, daß wir Gefahr laufen, über unserem Bemühen um letztlich unrealistische Ziele unsere ganz große Chance zu verpassen. Ihr Sinn war es, offenbar zu machen, daß seit mehr als einem halben Jahrhundert in unseren Ländern Kräfte am Werke sind, die um einen Ausweg ringen aus den Verstrickungen, in die die Welt geraten ist durch die seit je von der Macht diktierten Kurzschlußhandlungen. Und daß diese Kräfte, fußend auf den Erkenntnissen der bedeutendsten voraufgegangenen Denker, sowie in ständiger Auseinandersetzung mit zeitgebundenen Meinungen und Überzeugungen sich zu einer entscheidenden Klarsicht in den Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens durchgerungen haben.

Allein die Tatsache, daß es in der BR nicht weniger als sechs Vereinigungen gibt mit Mitgliedern zum Teil von höchstem Rang und Namen, die unabhängig voneinander entstanden und nur infolge der gegebenen Umstände auf getrennten Wegen die ganz gleichen Ziele verfolgen, verbietet jeden Zweifel an dem fundierten wissenschaftlichen Charakter dieser Bestrebungen. Es wäre an der Zeit, der Arbeit dieser Männer die umfassendste Unterstützung durch die Allgemeinheit im Sinne der hier gemachten Vorschläge zuteil werden zu lassen. Es wäre an der Zeit, die in diesen Gremien gewonnenen Einsichten ins Bewußtsein der Allgemeinheit zu tragen und sie davon zu überzeugen, daß es in Wahrheit nur einen ernsthaften Gegner in dieser Sache gibt, nämlich den, der seinen Vorteil auf Kosten des Nächsten sucht.

Wer aber von vorneherein verzagt, weil er an keinen Sieg glaubt über die Mächtigen dieser

Erde, dem sei gesagt, daß *alles, was Gültigkeit und Bestand in dieser Welt gewonnen hat, nicht durch die Macht geschaffen wurde, sondern durch den Geist*. Der Mensch, der nicht an den Sieg des Geistes über die Gewalt zu glauben vermag macht sich selbst zu ihrem Sklaven; denn immer waren es die Sklavenseelen, die der Macht zum Siege verholfen haben.

Laßt uns deshalb vor die Welt hintreten und sprechen: Wir sind gewillt zu einem neuen Anfang — nicht mit Reden, die seit je gehalten wurden für den Frieden und doch den Krieg bedeuteten. Wir sind bereit aufzustehen gegen das Übel der Welt und den Kampf aufzunehmen gegen seine Bundesgenossen, gegen Scheinheiligkeit und Unvernunft. Wir sind bereit, die Sehenden und Gutgewillten im Lande aufzurufen zur Verteidigung des Friedens und der Freiheitsrechte des Menschen. Denn wie sagt Walter Eucken? „Der Entzug der Freiheitsrechte führt zur schlimmsten aller Folgen: zur *Zersetzung der menschlichen Substanz*, und die soziale Frage ist heute in ihrem Kern die Frage nach der Freiheit des Menschen.“

Schon die ersten sichtbaren Zeichen einer sich bekundenden allgemeinen Bereitschaft zu solchem Aufbruch in neues Land würden die Welt aufhorchen lassen, sie würden unserem mißtrauischen Gegner endgültig die Waffen aus der Hand schlagen, sie könnten den jungen, um ein staatliches Eigenleben ringenden Völkern zu einem willkommenen Wegweiser werden und sie könnten nicht zuletzt für uns selbst ein erster Schritt sein zur Wiedergutmachung dessen, was in unser aller Namen gesündigt wurde.

#### VEREHRTE LESER!

Soll das Prinzip der Macht oder der Geist der Freiheit künftighin die Welt beherrschen? Das ist die Schicksalsfrage der Menschheit von heute.

Der Kampf der Prinzipien ist bereits im vollen Gange!

Aber — wir versuchten es in unserem Aufruf zu zeigen — die Waffen derer, die um die Freiheit kämpfen, sind zu stumpf, um in diesem Kampf zu obsiegen. Es gilt, sie zu schärfen. Das aber setzt voraus die Erkenntnis unserer eigenen Schwächen und deren Überwindung.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung in diesem unseren Bemühen. Schon der Ersatz der geringen Kosten dieses Heftes wäre uns eine bedeutende Hilfe, weil es uns in die Lage versetzt, ein weiteres Exemplar zu versenden. Wenn jeder Empfänger dieses kleine Opfer bringen würde, könnte dieser Ruf zur Besinnung in absehbarer Zeit in jedes deutsche Haus gelangen.

Wer an unsere Zukunft und die unserer Kinder denkt, der müßte uns seine Hilfe leihen.

#### LITERATUR-VERZEICHNIS

- Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie. 4. Auflage, Gustav Fischer, Jena 1944.
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. J. C. B. Mohr, Tübingen 1952.
- Gesell, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung. 9. Auflage, R. Zitzmann, Lauf b. Nürnberg 1958. DM 22,50. (Auch Englisch, Französisch u. Spanisch)
- Hartmann, Robert S.: Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit. Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1958.
- Humboldt, Wilhelm von: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen. Marées-Verlag, Wuppertal 1947.
- Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes. Duncker und Humblot, München 1936.
- Hoffmann, Hans: Das Instrumentarium der Schweizerischen Nationalbank. Otto Simmen, Bern 1967. (Eine kurzgefaßte, aber höchst aufschlußreiche Schrift über das Bankwesen. Preisgekrönt.)
- Noebe, Will: Um die Güter der Erde. Rud. Zitzmann Verlag, 8560 Lauf a.d.P. — 120 S., DM 4,80.
- Rüstow, Alexander: Ortsbestimmung der Gegenwart. Eugen Rentsch Verlag, Stuttgart 1960.
- Salzmann, Friedrich: Bürger für die Gesetze. Bern 1949.
- Salzmann, Friedrich: Jenseits der Interessenpolitik. Bern 1953.
- Vogel, Heinz Hartmut: Jenseits von Macht und Anarchie. Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1963.
- Wagner, Emmy: Die letzte Chance. (Auch Französisch). R. Zitzmann, Lauf b. Nürnberg. DM 4,80 bis ca. 5,80.
- Walker, Karl: Konjunkturpolitische Betrachtungen. R. Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1961. 160 S., DM 5,80.
- Walker, Karl: Neue Europäische Währungsordnung. R. Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1963. DM 23,50.
- Winkler, Ernst: Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung. Vita Verlag, Heidelberg 1952. 260 S., DM 18,50.
- Zimmermann, Werner: Geld und Boden, Schicksalsfragen aller Völker. Humata Verlag Harold S. Blume, Bern 1967. 180 S., DM 9,80.

#### PERIODISCHE SCHRIFTEN

- Evolution, Monatsschrift für Kultur, Wirtschaft, Politik. Bern, Sempacherstraße 9.
- Telos, Die Welt von Morgen. 1 Berlin 30, Hohenstaufenstraße 60.
- Die Tagungsprotokolle der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Ludwigsburg, Walter Hoch.
- Fragen der Freiheit, hrg. vom Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft des Staates und der Kultur. Hrsg. Gebr. Vogel, 6554 Meisenheim.
- Mensch, Technik, Gesellschaft; Zeitschrift für Sozialökonomie (mtg). Hrsg. von Bernd Hasecke, 425 Bottrop, Auf der Koppe 8.

#### DER VEREHRTE LESER

wird gebeten, einen etwaigen Betrag zu den Kosten der Vertreibung dieser Schrift auf das Konto des Neuen Bundes, 1 Berlin 30, Hohenstaufenstraße 60,

**DER NEUE BUND**

Freiheitlich-soziale Vereinigung e. V.  
Postscheckkonto: Berlin-West 276 87

zu überweisen.

Weitere Exemplare der Flugschrift können gleichfalls von dieser Adresse bezogen werden.

1 Expl. = 0,50 DM — 50 Expl. = 25,— DM —  
100 Expl. = 40,— DM

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, Altbürgermeister, 8032 Gräfelfing b./München, Killerstraße 9.

Copyright 1968 by TELOS — Der Neue Bund, freiheitlich-soziale Vereinigung e. V., Berlin. — Printed in Germany. — 3. Aufl. 21.—30. Tsd. — Alle Rechte vorbehalten. Einzelpreis DM 0,50 — 100 Expl. DM 40,—  
Druck: Max Schönherr, Berlin.

## Die Welt von morgen beginnt heute

Nur Narren lernen nicht aus der Erfahrung.

Die Erfahrung der Menschheit ist ihre Geschichte. Noch kurz, ist sie doch lang genug für eine Zwischenbilanz.

Immer wieder senkte sich ihre Waage, jedes Abwärts der Untergang einer Kultur. Gewogen also und zu leicht befunden?

So eifrig diese Meinung verbreitet wird und daher ist, so verfehlt ist sie.

**Der Mensch ist kein mißlungenes Experiment der Schöpfung.**

Mißlungen sind bis heute allein seine Experimente, sich eine seiner Natur gemäßige Ordnung des Zusammenlebens zu schaffen. Daher blieb er der Macht und ihrem Mißbrauch überantwortet. Was der Genius der Besten geschaffen — inspiriert von Kräften oberhalb des jeweiligen Zeitbewußtseins — wurde so immer wieder gedrosselt, in sein Gegenteil verkehrt, vernichtet.

Denn Zivilisation und Kultur sind die lichten Räume eines Hauses, dessen Fundament die Normen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat bilden. Und ist die Basis morsch, müssen die Häuser stürzen.

**Die Risse im Fundament erkennen, ist daher das Erste, das Wesentliche,** Zwei Spaltpilze verursachen sie: **Geldzins und private Grundrente.** Sie trennen in weithin unbekannter und bewußt vernebelter Selbstwirksamkeit die Gesellschaft immer wieder in das Heer ohnmächtiger Habenichtse und allmächtige Minderheiten Überreicher. Sie sind die wahren Wurzeln des Kampfes Aller gegen Alle, der Bürger- und Völkerkriege, der Vernichtung von Kulturen und Zivilisationen.

Dennoch herrschen Unkenntnis und absichtvolles Schweigen, während der Markt widerhallt von vernebelndem Geschwätz, unwirksamen Protesten und dem Aufschrei hungernder Millionen.

Das **Zweite** ist darum, die Mauer des absichtsvollen Schweigens zu brechen, das verächtliche Geschwätz zu beenden, den Protestierenden und Hungernden das Ziel zu weisen. Denn nur das Wissen um das Wesentliche liefert die Argumente zu seiner Überwindung. Proteste, Märsche, Krawalle, Steine, Stinkbomben besitzen keine Beweiskraft. Sie sind so wenig Argumente wie Verunglimpfung von Personen, Rassen, Völkern und wie Atombomben, Weltraumflüge, Ideologien und Glaubensbekenntnisse. Selbst Liebe und Gewaltlosigkeit — so sehr wir sie achten — sind es nur, wenn Wissen um das Wesentliche sie leitet.

Wieder sind mehr als je und im Weltmaßstab Kultur und Zivilisation vom Untergang bedroht. Niemand zwar will ihn, schon weil es der eigene wäre. Doch jeder fördert ihn, so lange er schweigend abseits steht.

Nie wurden Stumpfheit und Passivität eindeutiger zur Mitschuld als heute. Denn wo die Spaltpilze wirken, kommt es mit zwingender Notwendigkeit zur Auslese des Minderwertigen, erst wo sie überwunden sind, zur Höherentwicklung und Führung durch die Besten — den Geist.

Der Weg nach oben aber beginnt bei den Fundamenten.

Daher auch gibt es nur eine wirkliche, weil entscheidende Wahl: die zwischen schweigender Mitschuld und mutiger Rede und Tat.

Und was könnte mehr Befriedigung, froheres Selbstbewußtsein, größere innere Sicherheit und Freiheit, wertvollere Kameradschaft bedeuten als in Gemeinschaft mit den Besten aller Zeiten Hand anzulegen an den Bau des neuen, des unerschütterlichen Fundamentes, mitzuwirken an der Befreiung von Irrtum, Knechtschaft, Hunger, Haß und Selbstzerstörung?

Wähle, bevor es zu spät ist!

Die Welt von morgen will Wirklichkeit werden.

Eine neue Epoche der menschlichen Geschichte beginnt.

Bau' mit an ihren Fundamenten!

## DER NEUE BUND

Freiheitlich-soziale Vereinigung

Vera Bauer — Prof. Dr. P. H. Diehl —  
Dr. Herbert Hahn — Dr. Will Noebe —  
Felix Rochalski — Hermann Speel-  
mann — Dr. Emmy Wagner.